

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
STADTENTWICKLUNGS- UND
UMWELTAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
36. StUA 2004-2009
Sitzungsdatum:
30.09.2009
Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 30.09.2009

Unter dem Vorsitz von Silvia Gillen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Entfernung städtischer Bäume Herbst-Winter 2009/2010
3. Umbau des Knotens Jülicher Straße/Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz einschl. verkehrsberuhigender Parkmaßnahmen
hier: Änderung der Planung
4. Überschwemmungsgebiet der Wurm
hier: Erteilung des Einvernehmens
5. Bebauung am Rathausplatz
hier: Vorstellung der äußeren Gestaltung des geplanten Gebäudes
6. Neubau Feuerwehrrätehaus Scherpenseel
7. Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow
Herr Herbert Fibus
Herr Joachim Fröhlich
Herr Fred Fröschen
Frau Silvia Gillen
Herr Gerhard Gudduschat
Frau Norma Kuhlmei
Herr Wolfgang Schneider
Herr Matthias Spätgens
Herr Gerd Streichert

Frau Corinna Weinhold

Herr Hubert Wynands

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Frau Brigitte Appelrath

Herr Karl-Heinz Kohnen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Hans-Jürgen Mallmann

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll

Herr Achim Engels

Herr Karl Hensgens

Gäste

Herr Ralf Hansen

Herr Dipl.-Ing. Heiko Schmelzer

Frau Claudia Weber

Schriftführer

Frau Monique Raeune

Ausschussvorsitzende Gillen begrüßte die Ausschussmitglieder, die Presse sowie die Gäste und stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sodann erklärte die Ausschussvorsitzende Gillen, dass der TOP 6 vorgezogen werden solle, um die anwesenden Gäste der Feuerwehr nicht zu lange warten zu lassen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 6 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel“ wird vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2 **Entfernung städtischer Bäume Herbst-Winter 2009/2010**

Protokoll:

Stadtverordneter Fröhlich erklärte, dass er mit der Entfernung der Bäume einverstanden sei, allerdings frage er sich, ob die gefälltten Bäume auch in irgendeiner Art und Weise ersetzt werden würden.

Herr Gehlen bejahte dies. Er teilte mit, dass die Bäume, falls nicht an Ort und Stelle möglich, im Außenbereich ersetzt werden würden.

Stadtverordneter Fröhlich erkundigte sich, ob bei Fällung der Ahornbäume auf dem alten Friedhof Übach, dessen Charakter trotzdem gewahrt werden würde. Ihm sei bewusst, dass die Anwohner der Quäkergracht sehr erfreut über die Fällung der Bäume seien.

Herr Gehlen teilte mit, dass der Charakter des Friedhofes bestehen bleibe. Die Bäume, so wie sie dort vorzufinden sind, würden aufgrund der Nähe zur Grundstücksgrenze, in der heutigen Zeit gar nicht mehr so gepflanzt werden.

Stadtverordneter Fröhlich fragte, ob der Torbogen an der katholischen Kirche in Übach in der Verantwortung der Stadt oder der Kirche stehe. Er frage dies, da sich dieser in einem sehr maroden und baufälligen Zustand befinde.

Herr Gehlen erklärte, dass er die Verantwortlichkeit prüfen müsse. Des Weiteren sollte geprüft werden, ob der Torbogen unter Denkmalschutz stehe. Er sagte zu, sich hierum zu kümmern.

Stadtverordneter Gudduschat teilte mit, dass die CDU-Fraktion finde, dass die Fällung sehr ausgewogen sei. Die Maßnahmen fänden in der Fraktion volle Zustimmung.

Sachkundige Bürgerin Appelrath fragte, ob die Bäume Ecke Dürerstraße / Rethelstraße an Ort und Stelle ersetzt werden würden.

Herr Gehlen erklärte, dass man überlegen müsse, diese Bäume im Außenbereich zu ersetzen, da ein Durchkommen mit einem Kinderwagen dort nur schwer möglich sei.

Stadtverordnete Weinhold teilte mit, dass es dort schon mehrere Unfälle gegeben habe und sie deshalb die dringende Umsetzung der Maßnahmen begrüße.

Stadtverordneter Wynands fragte, ob auch der Baum an der Roermonder Straße 207 gefällt werde, da sich die Situation hier ähnlich der Roermonder Straße 209 darstelle.

Herr Gehlen erklärte, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen sei. Man werde im Laufe der Jahre gerade in der Roermonder Straße immer mehr Bäume fällen, aber aufgrund der dadurch entstehenden Kosten werde man die Liste in diesem Jahr so belassen.

Beschluss:

25 Schaden verursachende Straßenbäume und ca. 25 Bäume aus Grünstreifen zu Anwohnern werden im Herbst/Winter 2009/2010 aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt. Die beantragten Schnittmaßnahmen können wie vorgeschlagen ausgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3 Umbau des Knotens Jülicher Straße/Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz einschl. verkehrsberuhigender Parkmaßnahmen

hier: Änderung der Planung

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Gillen begrüßte Herrn Schmelzer vom Ingenieurbüro Schmelzer und bat ihn, seine Ausführungen vorzustellen.

Herr Schmelzer erklärte eingangs, dass bereits im vergangenen Jahr die Planungen für den Kreisverkehr vorgestellt worden seien. Der Grund für die erneute Vorstellung im Ausschuss sei, dass sich die Bedingungen der Förderrichtlinie geändert hätten. Die Änderung der Bedingungen habe zur Konsequenz, dass die eingereichten Planungen des Umbaus des Knotens Jülicher Straße / Daimlerstraße zu einem Kreisverkehrsplatz nicht mehr förderfähig seien, da die Kosten unter der Bagatellgrenze lägen. Hierzu habe es Gespräche mit der Bezirksregierung gegeben, um eine Förderung zu erreichen. Fazit der Gespräche sei gewesen, dass der Kreisverkehr in einer höherwertigen Ausführung errichtet werden müsse, damit man über die Bagatellgrenze von 200.000 € komme.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass schon vor Zeiten beschlossen worden sei, die Einwohner mittels einer Versammlung über die Planung und den Beschluss zu informieren. Dies sei bisher noch nicht umgesetzt worden, da die Förderung noch nicht vollständig geklärt worden sei. Stadtverordnete Kuhlmei fragte, wie der Untergrund aussehe. Sie möchte verhindern, dass die Anwohner durch erheblichen Straßenlärm gestört würden.

Herr Schmelzer teilte mit, dass von der Asphaltoberfläche nur normale Geräuschbelastungen ausgehen würden.

Stadtverordneter Gudduschat erklärte, dass die CDU-Fraktion den Ausbau zum Kreisverkehr sehr begrüße.

Stadtverordneter Fröhlich fragte, inwiefern die alten Planungen, bei denen Kosten in Höhe von ca. 240.000 € kalkuliert worden seien, unter die Bagatellgrenze von 200.000 € fallen könnten und welche Kosten hier nicht berücksichtigt würden.

Herr Hensgens teilte mit, dass einiges unter anderem das Ingenieurhonorar nicht förderfähig sei und dass man bei Abzug aller nicht zu berücksichtigenden Maßnahmen bei Kosten von 186.000 € liegen würde. Durch die neuen Planungen würde erreicht, dass man eine Förderung erhält und zudem die Qualität noch angehoben habe.

Sobald die Ausschreibungsunterlagen fertig gestellt und die neuen Kosten kalkuliert worden seien, werde er zur Bezirksregierung fahren, damit positiv über den Antrag beschieden werden könne.

Stadtverordnete Kuhlmeier erkundigte sich, ob der Ausbau in der Jülicher Straße so bleibt, wie bereits vorgestellt.

Herr Schmelzer bejahte dies.

Beschluss:

Die Planungsänderungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4 Überschwemmungsgebiet der Wurm

hier: Erteilung des Einvernehmens

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg erhebt keine Bedenken gegen die Festsetzung der Überschwemmungsgebiete.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5 Bebauung am Rathausplatz

hier: Vorstellung der äußeren Gestaltung des geplanten Gebäudes

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Gillen begrüßte die Architektin Frau Weber und erteilte dieser das Wort.

Frau Weber erklärte, dass sie die Materialien für die äußere Gebäudegestaltung vorstellen wolle. Die Arbeiten würden, wie für jeden ersichtlich, voran gehen. Die heutige Vorstellung würde dazu genutzt werden, Anregungen und Wünsche entgegenzunehmen.

Stadtverordneter Fröhlich erkundigte sich nach dem Einfluss, den die Stadtverordneten auf die Entscheidungen haben würden.

Frau Weber erklärte, dass man die Wünsche berücksichtigen könne, wenn sie preislich im Rahmen bleiben würden.

Stadtverordneter Fröhlich fragte Frau Weber, ob sie sich schon einmal den Klinker des Jugend- und Seniorenzentrums angeschaut habe. Dieser habe einen gelblichen Ton und soll für die Bergbauregion sehr typisch sei.

Frau Weber erklärte, dass geplant sei, den Klinker des Gebäudes an den Farbton des Rathausplatzes anzupassen. Gerade auch an den roten Klinker des Rathausneubaus wolle man sich orientieren, um ein homogenes Bild zu erhalten. Sie wolle sich den Klinker am Jugend- und Seniorenzentrum aber gerne anschauen.

Ausschussvorsitzende Gillen erklärte, dass sich der rote Klinker sehr gut an die Umgebung anpasse und dass dieser gerade auch mit den weißen Fenstern sehr gut wirke.

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass er persönlich bis heute den Klinker des Rathauses sehr schön finde. Offenbar habe man damit eine gute Wahl getroffen.

Frau Weber fügte hinzu, dass der Klinker auch gut mit den geplanten schwarzen Dachziegeln harmoniere. Sie schlage vor, glänzende Dachziegel zu verarbeiten.

Stadtverordneter Gudduschat erkundigte sich, ob es bei den glänzenden Ziegeln nicht zu einer hohen Blendung komme.

Frau Weber erklärte, dass keine hohe Reflektion zu erwarten sei.

Stadtverordneter Fibus fragte, ob es durch die Dachziegel zu einer schnelleren Erhitzung des Gebäudes komme.

Frau Weber verneinte dies, da das Gebäude über eine sehr gute Wärmedämmung verfüge. Durch den nicht ausgebauten Spitzboden komme es nicht zu einer schnelleren Erhitzung des Gebäudes aufgrund von glänzenden Dachziegel.

Stadtverordneter Wynands fragte, ob man den Schneeabfall bedacht habe, der bei glänzenden Ziegeln entstehe.

Frau Weber teilte mit, dass man dies bedacht habe und aufgrund dessen Schneefallgitter einbauen werde.

Sachkundige Bürgerin Appelrath erkundigte sich, ob auch an die Reinigung der hohen Fensterfronten gedacht worden sei, da diese schnell schmutzig aussehen könnten.

Frau Weber erklärte, dass man den Bewohnern einen Fensterreiniger anbieten werde, dass man jedoch auch darauf achte, dass diese nicht zu sehr verdrecken würden.

Stadtverordnete Weinhold dankte Frau Weber für die Ausführungen und erklärte, dass sie sich nicht daran erinnern könne, dass je eine solche Vorstellung für ein Projekt durch Andere erfolgt sei. Die übrigen Stadtverordneten teilten die Auffassung.

Frau Weber erklärte, dass der rückwärtige Bereich des Gebäudes verputzt werden solle. Man habe aufgrund der Länge des Gebäudes aber nicht vor, dieses komplett in weiß zu verputzen. Vielmehr sei geplant, die Länge des Gebäudes durch verschiedene Farbstreifen in einem Cremeton zu brechen.

Sachkundiger Einwohner Mallmann erkundigte sich, wie die Abstufung erfolge.

Frau Weber erklärte, dass geplant sei, die Loggiaelemente mit verschiedenen senkrechten Farbelementen zu versehen. Grundsätzlich würden aber nur helle Farben verwendet.

Stadtverordneter Gudduschat teilte mit, dass er die Planung der äußeren Gestaltung zustimmend zur Kenntnis nehme.

Auch Ausschussvorsitzende Gillen erklärte, dass sie die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis nehme.

Beschluss:

6 Neubau Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Gillen erklärte einleitend, dass der Ausschuss am Montag, den 28.09.2009 das Feuerwehrgerätehaus in Würselen-Broichweiden besichtigt habe, wo ein Feuerwehrgerätehaus in industrieller Bauweise erstellt worden sei. Sodann begrüßte sie Herrn Ralf Hansen, vom Architekturbüro Hansen, und bat ihn um Vorstellung der Planungen für das Feuerwehrgerätehaus in Scherpenseel.

Herr Hansen teilte den Ausschussmitgliedern und Gästen mit, dass das neue Feuerwehrgebäude auf einem Grundstück hinter der Schule in Scherpenseel errichtet werden solle. Es gebe 3 verschiedene Varianten, die konventionelle, eine Mischform aus der konventionellen und industriellen und die rein industrielle Bauweise. Alle 3 Varianten seien für ca. 40 Einsatzkräfte ausgelegt. Ein klarer Kostenvorteil liege bei der industriellen Bauweise und dies, so Herr Hansen, obwohl sie größer sei, als nach DIN gefordert.

Stadtverordneter Fröhlich erkundigte sich, ob dies bedeute, dass der Bau nicht normgerecht ausgeführt werden würde und ob dies zulässig sei.

Herr Hansen erwiderte, dass eine Überschreitung der DIN Normen durchaus möglich sei und dies nur bedeute, dass den Mitgliedern der Feuerwehr mehr Platz als gefordert zur Verfügung gestellt werde.

Herr Hansen erklärte weiter, dass für das Feuerwehrgerätehaus bei allen Varianten ein Pultdach vorgesehen sei, um, möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt, eine Photovoltaikanlage zu installieren.

Herr Hansen teilte mit, dass es sich bei der 1. Variante, der konventionellen Bauweise, um einen Massivbau handele, für den sich die Kosten auf ca. 713.800 € belaufen würden. Die genauen Erschließungskosten müssten nachgereicht werden, da man bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau wisse, welche Versorgungsleitungen sich dort bereits befänden und in welchem Zustand diese seien.

Stadtverordneter Gudduschat erklärte, dass er die zu erwartende Höhe der Erschließungskosten wissen möchte.

Herr Hansen erwiderte, dass er diese nicht genau beziffern könne. Er erklärte weiter, dass dies jedoch auch unerheblich sei, da man auf diese Kosten keinen Einfluss nehmen könne und sie bei allen 3 Varianten gleich hoch seien. Er werde, in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, diese Kosten genau ermitteln und dem Ausschuss erneut vorlegen.

Herr Hensgens erwiderte, dass ein Architekt eine Kostenkalkulation für die Erschließungskosten durchaus selbstständig und ohne Hilfe des Tiefbauamtes fertigen könne.

Stadtverordneter Fröhlich erklärte, dass man einen Kostenrahmen festge-

legt habe und diesen auch nicht überschreiten möchte. Aufgrund dessen müssten auch die Erschließungskosten im Vorhinein bekannt gemacht werden.

Herr Hansen fuhr in seinen Ausführungen fort und erklärte, dass es sich bei der Variante 2 um das gleiche Raumprogramm wie bei der 1. Variante handele. Hierbei werde der Sozialtrakt in der konventionellen, und die Fahrzeughalle in der industriellen Weise gebaut werden. Die Kosten dafür lägen bei 612.100 €

Die 3. Variante, so Herr Hansen, sei ein Gebäude in komplett industrieller Bauweise und koste 631,545 €

Stadtverordneter Gudduschat erkundigte sich, weshalb die Außenanlagen in Abzug gebracht würden.

Herr Hansen begründete dies damit, dass für die Berechnung, welche Bauweise man anstrebe, nur der Preis pro m³ umbauter Raum maßgeblich wäre. Die Kosten für die Außenanlagen würden bei allen Varianten gleich ausfallen und könnten, für diese Betrachtungsweise, erst einmal außer Acht gelassen werden. Die aufgeführten Nebenkosten, die in Abzug gebracht worden sind, seien die für die Außenanlagen und die Erschließung. Stadtverordneter Wynands fragte, warum die Industriebauweise größer sei.

Herr Hansen teilte mit, dass kurioserweise die größere Fläche bei dieser Bauweise günstiger sei.

Stadtverordneter Gudduschat erkundigte sich bei Herrn Hansen, inwiefern Unterschiede bei der Lebensdauer und der Unterhaltungskosten für die Gebäude bestünden.

Herr Hansen erklärte, dass die Lebenserwartung für eine industrielle Bauweise nicht kürzer sei, als die der konventionellen Bauweise. Die Unterhaltungskosten würden bei der industriellen Bauweise geringer ausfallen.

Stadtverordnete Weinhold fragte, ob es sich bei den Preisen um Fixpreise handele, oder ob Nachfinanzierungen denkbar seien.

Herr Hansen erklärte, dass dies noch an der Ausstattung des Feuerwehrgerätehauses liege. Die Preise seien jedoch nicht besprochen worden. Er gehe davon aus, dass die Kosten eher sinken würden, gerade auch im Hinblick auf eine öffentliche Ausschreibung.

Sachkundige Bürgerin Appelrath erkundigte sich, ob es einen Unterschied der Außenanlagen bei der konventionellen oder industriellen Bauweise gebe.

Herr Hansen teilte mit, dass die Außenanlagen auf konventionelle Weise erstellt würden und dies bei allen Varianten gleich.

Stadtverordneter Gudduschat fragte Herrn Hansen, ob sich im Rahmen einer Ausschreibung nur Spezialfirmen oder jede Firma beteiligen könne.

Herr Hansen teilte mit, dass dies nicht Spezialfirmen vorbehalten sei, sondern dass sich grundsätzlich jede Firma an dieser Ausschreibung beteiligen und ein Angebot abgeben könne.

Stadtverordneter Gudduschat wollte wissen, ob Herr Hansen genau wisse, oder nur schätze, dass die Gesamtkosten für den Bau bei einer Ausschreibung niedriger ausfallen würden.

Herr Hansen erklärte, dass er dies aufgrund seiner Erfahrung mit ziemlicher Sicherheit sagen könne. Er fuhr fort, dass er davon ausgehe, dass die Kosten der Variante der industriellen Bauweise bei einer Ausschreibung noch auf ca. 613.000 € fallen könnten, also ähnlich der Kosten für die

Mischvariante, da es sich um ein unverhandeltes Angebot handele. Stadtverordneter Fröhlich bat Herrn Hansen darum, kurz zu erläutern, warum der Ausschuss bei der Planung des Feuerwehrgerätehauses die Mitglieder der Feuerwehr mit einbeziehe und dies mit ihnen gemeinsam verwirklichen wolle.

Herr Hansen vertrat die Auffassung, dass die Mitglieder der Feuerwehr, die freiwillig tagtäglich helfen, einen komfortablen Arbeitsplatz benötigen würden und daher deren Rat und Mitwirkung für wichtig erachte. Bürgermeister Schmitz-Kröll erkundigte sich, ob es sich bei den angegebenen Kosten für die Außenanlagen um Schätzungen oder Erfahrungswerte handele.

Herr Hansen teilte mit, dass hier die tatsächlichen Kosten, die für die Erstellung der Außenanlagen für die Feuerwehr Boscheln entstanden seien, zugrunde gelegt wurden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass man sich am heutigen Tag über den Hochbau und nicht den Tiefbau unterhalte und sich lediglich für die Realisierung einer Variante aussprechen wolle. Sodann könne das Leistungsverzeichnis erstellt werden und nach Eingang der Angebote, wisse man genau, wo man preislich liege. Die Erschließungskosten würden von Herrn Hansen zügig nachgereicht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass, da die Abstimmung mit der Feuerwehr erfolgt sei, man sich schnellstmöglich für eine Variante entscheiden solle.

Stadtverordneter Gudduschat erklärte, dass die CDU-Fraktion die Industriebauweise begrüße, gerade auch, weil die Feuerwehr sich hierfür ausgesprochen habe. Bei der Wahl der Energienutzung könne man sich im Ausschuss dann erneut beraten und eventuell auch die Anwendung von erneuerbaren Energien in Erwägung ziehen. Auch die Planung einer Solaranlage begrüße er sehr.

Stadtverordneter Fröhlich erklärte, dass sich die SPD-Fraktion der CDU-Fraktion anschließe und es sehr begrüße, dass sich die Feuerwehr für die günstigere Alternative entschieden habe.

Stadtverordnete Weinhold teilte mit, dass auch die UWG sich für die 3. Variante ausspreche.

Ausschussvorsitzende Gillen dankte Herrn Hansen für die Präsentation der verschiedenen Varianten.

Beschluss:

Das Architekturbüro Hansen wird beauftragt, die vom Ausschuss favorisierte Variante 3 (industrielle Bauweise) umzusetzen. Das Honorar / der Architektenvertrag richtet sich nach den unterschiedlichen Ansätzen der einzelnen Varianten und kann somit erst - entsprechend der favorisierten Variante ermittelt/erstellt werden. Die Vergabe der Architektenleistungen (alle der entsprechenden Variante zuzuordnenden Leistungsphasen gem. HOAI) erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt unter Beachtung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Übach-Palenberg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass im Protokoll der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung stünde, dass in der heutigen Sondersitzung über die Thematik Wegsperrung und Tor des Gehweges Jülicher Straße und Borsigstraße berichtet werde. Er habe am heutigen Tag das Ordnungsamt um einen schriftlichen Bericht gebeten. In diesem, so Bürgermeister Schmitz-Kröll, solle die komplette Historie dargestellt werden. Sobald dieser vorliege, werde der Ausschuss informiert.

Anfragen

Stadtverordnete Weinhold erklärte, dass vor der Sommerpause 2 Anfragen durch die UWG gestellt worden seien. Hierbei habe es sich zum ersten um die Klärung der Parkplatzsituation in der Freiheitstraße und zum zweiten um die Ausweisung von Sanierungsgebieten und die Integration verschiedener Straßenzüge in eine Sanierungssatzung gehandelt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass dies eine außerordentliche Sitzung sei und er davon ausgehe, dass diese Punkte in der nächsten Ausschusssitzung Ende November behandelt werden würden.

Ausschussvorsitzende Gillen schloss um 18.25 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzende Gillen um 19.02 Uhr die Sitzung.

Gillen
Ausschussvorsitzende

Raeune
Schriftführer